



DÜSSELDORF

2016

STABILE VERHÄLTNISSSE SCHAFFEN

Rede zur Etat-Planung
Ratssitzung vom 10. Dezember 2015

Düsseldorf 2016: Stabile Verhältnisse schaffen

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!
Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Am meisten zu denken gaben mir in diesem Jahr die Reden, die Herr Geisel nicht gehalten hat.

Im September blieb er dem Rat bei seiner Etateinbringung eine klare und aufrüttelnde Haushaltsrede schuldig. Die wäre bei einem Finanzloch von über 35 Millionen Euro bitter nötig gewesen.

Doch Herr Geisel sagte nichts dazu, woher er das Geld für den angekündigten Bau von Schulen und Schwimmbädern nimmt.

Nichts dazu, woher die Mittel für die Sanierung der Kulturhäuser und die Schäden nach Ela kommen sollen.

Und er schwieg sich auch darüber aus, wie es mit dem Kultur-Etat konkret weitergeht, wenn dieser – so die Aussage von Herrn Geisel – weder „gekürzt“ noch „ständig erhöht“ werden soll.

Ja, Herr Oberbürgermeister,
die Reihe Ihrer stummen Zeugnisse lässt sich fortsetzen:
Der Rat weiß bis heute nicht, wie Sie die versprochenen dreitausend neuen Wohnungen pro Jahr sicherstellen wollen.
Tausend davon sollen Sozialwohnungen sein, lautet Ihre Zielvorgabe.

Abgesehen davon, dass über kurz oder lang in Düsseldorf die bebaubaren Freiflächen fehlen und wir mehr regionale Zusammenarbeit brauchen:
Wenn es nach Ihnen ginge, Herr Geisel, soll es hier bald nur noch

Sozialwohnungen und Luxuswohnungen geben. Tertium non datur. Das ausgeschlossene Dritte, das sind für Sie die preisgedämpften Wohnungen.

Lassen Sie diesen Klassenkampf am Bau! Hören Sie besser auf die Investorinnen und Investoren am Markt: In deren Kostenkalkulation spielt nämlich die mittlere Preisstufe eine wichtige Rolle – als betriebswirtschaftliches Bindeglied zwischen dem geförderten und dem frei finanzierten Wohnungsbau.

Ganz zu schweigen vom Bedarf der Menschen, deren Einkommen – oft nur knapp – über der Fördergrenze liegt. Die Krankenschwester und der Polizist mit ihren Familien, aber auch Rentnerinnen und Rentner sind auf die preisgebremsten Wohnungen angewiesen.

Wir als CDU sagen offen, was Sie, Herr Geisel, verschweigen: Ohne einen ausreichend großen Anteil an preisgedämpften Mietwohnungen wird es die gewünschte Wohnungsbau-Offensive in Düsseldorf nicht geben. Und es wird auch die lebendigen, familienfreundlichen Stadtviertel nicht geben ohne einen ausgewogenen Preis-Mix.

Deshalb halten wir als CDU uneingeschränkt an dem Handlungskonzept Wohnen fest, das wir gemeinsam mit FDP und Grünen auf den Weg gebracht haben.

Herr Oberbürgermeister,
nur damit das deutlich ist: Nicht das Handlungskonzept verhindert Wohnungsbau – Sie sind es, der Großprojekte wie in Rath oder Grafental gerade ausbremst!

Daher mein dringender Appell: Keine Rolle rückwärts oder seitwärts beim Handlungskonzept Wohnen! Das Düsseldorfer Modell, so wie es ist, mit seinen verlässlichen Quoten, hat sich allseits hervorragend bewährt!

Meine Damen und Herren,
Thomas Geisels Spur des Schweigens und Wegduckens, sein Verschleppen und Herumlavieren, wenn es um Kosten, Finanzierungen oder

Verfahrensweisen bei entscheidenden Vorhaben geht, zog sich quälend durch die letzten Monate.

Mittlerweile ist auch den wohlmeinenden Medienleuten klar geworden: Der Oberbürgermeister baut seine Amtsführung fast durchgängig auf Unklarheiten auf.

Zurzeit treten immer mehr Details über seinen groß angepriesenen Grundstücks-Deal am Kö-Bogen ans Licht. Die staunende Öffentlichkeit muss aus der Presse erfahren: In dem Überraschungs-Ei stecken doch keine 70 Millionen Euro Reinerlös für die Stadtkasse.

Davon abzuziehen seien die Kosten für die Gestaltung des Gustaf-Gründgens-Platzes. Die habe die Stadt wohl allein zu tragen.

Gegenrechnen müsse man auch die Tiefgarage, die der OB offenbar zum Nulltarif abgegeben hat. Einige schätzen ihren Wert auf 15 Millionen Euro. Zudem soll mehr als das Doppelte der vorgesehenen Fläche verkauft werden, heißt es in der Presse.

Stimmt das, Herr Oberbürgermeister? Wurde hier etwa über Monate die Illusion genährt, Gentleman bittet zur Kasse – und dann fällt der riesengroße Reibach flach?

Tatsache aber bleibt: „Sie verhökern [...] ungehemmt Grundbesitz der Stadt, um den Haushalt einigermaßen im Griff zu halten. Beim Konsolidieren [...] waren Sie allerdings nicht so energisch. Das liegt Ihnen auch nicht; das wissen wir.“

Meine Damen und Herren,
hätten Sie's erraten? Das Zitat stammt vom damaligen Oppositionspolitiker Markus Raub aus der Ratssitzung vom 10. April 2014.

Mich wundert, dass Herr Raub bei den für 2016 geplanten 60 Millionen Euro an Veräußerungsgewinnen für städtische Grundstücke und Immobilien noch

nicht offen zur Palastrevolution aufgerufen hat. Da bewahrheitet sich wohl die alte Weisheit: „Die größten Kritiker der Elche sind heute selber welche!“

Nun bin ich wieder bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister! Keine Sorge.

Mehr Schein als Sein waren auch manche Ihrer Beschlussvorlagen, die zu einem Topthema in den Rat kamen. Ich erinnere nur an die dadurch ausgelösten heftigen Debatten zur Schulbau-Firma IPM, zur Düsseldorf Marketing & Tourismus GmbH und zur Tour de France.

Herr Oberbürgermeister,
ich muss leider feststellen: Ihre Politik der unbekanntenen Größen und finanziellen Risiken hat mit den genannten Projekten kritische Höhen erreicht.

Die unrühmlichen Gipfel, die Sie damit erstürmt haben, sind zwar ganz anderer Art als bei Ihrer Bergtour in den Schweizer Alpen. Doch die damals in der Presse geäußerte Reaktion Ihrer Frau gilt auch hier: „Mein Gott, was macht er da nur?“ [Bild v. 17.8.2015]

Am Ende seufzten selbst die eigenen Leute über Ihre Ratsinitiativen: Denn jedes Mal wurde hastig zurückgerudert – bei IPM und DMT knapp vor der Ziellinie, bei der Tour de France leider erst dahinter. Entweder wurden Beschlusstexte in letzter Minute geändert. Oder aber die Entscheidung wurde rückwirkend in Frage gestellt, weil es reihum der FDP, Ihnen selbst oder den Grünen mulmig war. Dazu haben die Einwände und Argumente der CDU beigetragen, keine Frage.

Nur die SPD schien bei alledem keine Skrupel zu haben: keine Skrupel bei einer verdeckten Schuldenaufnahme für den Schulbau, keine Skrupel beim Herauskaufen der DMT-Gesellschafter – und schon gar keine Skrupel bei den rechten Stimmen für den Tour-Start.

Herr Raub,
da ist Ihnen ordentlich was verrutscht. Ihr selbstgefälliger Satz „Mehrheit ist Mehrheit“ hat aus der Bewerbung zum Grand Départ moralpolitisch eine Grande Catastrophe werden lassen!

Ich sage Ihnen: Das vergiftete Geschenk von Rechtsaußen werden Sie und die SPD so schnell nicht los! Auch die Grünen nicht, die so blauäugig waren, dem OB zu glauben und auf schwarz-gelbe Abweichler zu wetten.

Die Wette haben Sie verloren, Frau Hebler und Herr Czerwinski! Jetzt müssen Sie Ihrer Anhängerschaft erklären, warum Sie vor lauter Taktiererei den Boden Ihrer politischen Ethik verlassen haben!

Meine Damen und Herren,
ich wiederhole, was ich bereits mehrfach betont habe: Die CDU ist nicht grundsätzlich gegen die Tour de France. Für uns kommt der Event nur finanziell zum völlig falschen Zeitpunkt. Wir sind der Überzeugung: Das, was OB, SPD, Grüne und weite Teile der Presse für das Beste halten, ist hier und heute nicht das Beste für unsere Stadt.

Ich betone für meine Fraktion aber auch: Sobald sich die Finanzierungsfrage anders bewerten lässt, dann denken wir neu nach. Für uns muss sichergestellt sein, dass das finanzielle Risiko für die Stadt deutlich geringer wird.

Ich bin übrigens froh, dass Sie, Frau Dr. Strack-Zimmermann, und Sie, Herr Neuenhaus, mit Ihrer Fraktion bei der Abstimmung in der vorigen Ratssitzung standhaft geblieben sind. Das war ein wichtiges Signal der Vernunft!

Denn: Die Stadt allein kann sich derzeit diese millionenteure Großveranstaltung aus eigener Kraft nicht leisten. Das ist durch nichts zu beschönigen!

Die harte Wahrheit lautet: Düsseldorf erlebt die schwerste Haushaltskrise seit mehr als 15 Jahren. Wenn der Rat nicht achtgibt, droht ein Rückfall in die 90er-Jahre. Damals war die Landeshauptstadt eingemauert in einen Schuldturm von 1,6 Milliarden Euro. Zinslasten von über 100 Millionen Euro raubten der Politik zuletzt jeglichen Handlungsspielraum. Das war das Ergebnis eines ungeheuren Haushaltsversagens unter Rot-Grün.

Jedes Kind heute weiß: Erst unter CDU und FDP gelang der Befreiungsschlag. Es war Joachim Erwin, der die wirtschaftliche Schuldenfreiheit errungen hat. Es waren Dirk Elbers und Stadtkämmerer Manfred Abrahams, die sie bewahrten.

Um dieses Erbe vor neuen Begehrlichkeiten zu schützen, haben CDU und FDP vor der Kommunalwahl 2014 extra noch eine Schuldenbremse eingeführt – übrigens auch mit den Stimmen der Grünen.

Mir ist bewusst, Herr Geisel, dass Sie im Hinterzimmer längst den Sündenfall vorbereiten: Pausenlos schmieden Sie Pläne, wie Sie durch windige Finanzierungsmodelle und Schattenhaushalte die Schuldenbremse umgehen können! Ihre größte Schwierigkeit ist dabei, sich das Deckmäntelchen so umzuhängen, dass auch die FDP gesichtswahrend drunter schlüpfen kann. Machen Sie sich keine Hoffnung: Diese traurigen Tricks werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen!

Meine Damen und Herren,
was die Bürgerinnen und Bürger seit der Wahl von Oberbürgermeister Geisel erleben müssen, ist ein dramatischer Vermögens- und Werteverzehr.

Die Ausgleichsrücklage, das Sparpolster der Stadt, war zum Wahltermin 2014 mit 307 Millionen Euro prall gefüllt. Laut jüngstem Controlling-Bericht der Kämmerei lag das Guthaben im September 2015 nur noch bei 45 Millionen Euro. Das ist ein Mittelabfluss von mehr als 85 Prozent in nur eineinhalb Jahren!

Schon heute sehen wir, dass Herr Geisel viel tiefer in die Rücklage greifen wird, damit er seinen 2016er-Haushalt auf dem Papier ausgleichen kann. Bei 35 Millionen Euro wird es nicht bleiben. Und dabei hat das Haushaltsjahr noch nicht einmal begonnen!

Die Risiken sind enorm, was 2016 an zusätzlichen Kosten auf Düsseldorf zukommt – etwa durch die Flüchtlingsunterbringung, durch Tarifsteigerungen und Besoldungsanpassungen oder durch Sanierungen an der Infrastruktur. Obendrein könnte es Einnahmeverluste durch abermals wegbrechende

Gewerbesteuern geben. Auch der Zwangs-Soli aus dem NRW-Stärkungspakt hängt der Stadt weiter mit 19 Millionen Euro pro Jahr wie ein Mühlstein am Hals.

Außerdem wabern im Haushalt nach wie vor Phantom-Einnahmen – wie die erwartete Gewinnausschüttung der Stadtparkasse. Einnahmen, die so nicht kommen werden.

Angesichts dieser Gefährdungen muss man sagen: Die 45 Millionen Euro Restguthaben sind ganz schnell Geschichte. Dann gehen hier im Rathaus die Lichter aus, die Uhr bleibt stehen, und Düsseldorf rutscht geradewegs in die Verschuldung.

Meine Damen und Herren,
die Bankrott-Erklärung der Landeshauptstadt wäre auch das Total-Versagen ihrer politischen Führung. Der Oberbürgermeister und seine Ampel müssten allen Bürgerinnen und Bürgern eingestehen, dass sie Düsseldorf in kaum zwei Jahren runtergewirtschaftet haben!

Herr Oberbürgermeister,
verehrte Ampelvertreter,
zeigen Sie endlich Verantwortung in der Krise: Ziehen Sie die Notbremse! Üben Sie sofort und jetzt strengste Haushaltsdisziplin! Es ist wenige Sekunden vor zwölf! Wenn Sie weiter falsche Prioritäten setzen, wenn Ihre Sparparolen wieder nur Floskeln ohne Folgen sind – dann sind auch die letzten Reserven, die Düsseldorf noch hat, im Nu geplündert!

Herr Oberbürgermeister Geisel,
die CDU beschwört Sie in allergrößter Sorge: Denken Sie an Düsseldorfs Zukunft! Handeln Sie unverzüglich, damit aus der Haushaltskrise keine Schuldenkrise wird!

Eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik ist möglich!
CDU und FDP haben es vorgemacht. Schwarz-Gelb schloss den letzten gemeinsamen Haushalt 2013 mit einem Überschuss von 37 Millionen Euro ab.

Davon konnten wir 15 Millionen Euro als Risikovorsorge wieder in die Rücklage geben.

Meine Damen und Herren,
der Oberbürgermeister und das ihn stützende Ampelbündnis sind jetzt in der Pflicht, Schaden von dieser Stadt abzuwenden.

Wir als stärkste Oppositionsfraktion sind die Stimme der größten Wählergruppe in der Düsseldorfer Bevölkerung. Wir fordern daher unverzüglich eine Politik der Stabilität – eine Stabilitätspolitik mit dem Ziel, Düsseldorf finanziell zu stärken und verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Konkret regt die CDU einen Konsolidierungsplan in sechs Punkten an. Zentrale Bestandteile dieses Plans sollten sein: eine effektive Haushaltssteuerung sowie vertrauensbildende Maßnahmen. Ich will das erläutern.

Erstens: Wenn der Rat in seiner Mehrheit die wirtschaftliche Schuldenfreiheit der Stadt und damit Düsseldorfs Zukunftsfähigkeit erhalten will, brauchen wir einen breiten Konsens über ein Spar- und Investitionsprogramm bis zur Kommunalwahl 2020.

Dazu schlagen wir einen Stabilitätsgipfel vor, an dem der Oberbürgermeister, die Kämmerin, die Dezernentenriege, die Spitzen der Fraktionen und Bezirke teilnehmen. Das müssen Gipfelgespräche mit klarem Fahrplan und Zeitziel sein. Am Ende wollen wir dem Rat konstruktive Ergebnisse präsentieren. Eine plumpe Show-Veranstaltung wie die Sparrunde Mitte Juni bringt niemanden weiter.

Zweitens: Wir müssen gemeinsam dahin kommen, dem Rat und der Öffentlichkeit eine Gesamtprioritätenliste für die Investitionen der nächsten vier Jahre vorzulegen. Im Kern betrifft das die Bereiche Familie, Schule, Bauen, Verkehr, Stadtteilentwicklung, Sport und Kultur.

Eine Prioritätenliste deshalb, damit politisch Verantwortliche in dieser Stadt nicht länger zwischen Anspruch und Wirklichkeit herumgeistern.

Solche Glaubwürdigkeitslücken sind eine Zumutung für die Bevölkerung. Es ist höchste Zeit, von Ankündigungspolitik auf Realpolitik umzuschalten! Dazu brauchen wir einen gemeinsam geformten Leitweg des Machbaren unter der einschränkenden Bedingung schuldenfreier Haushaltsführung.

Drittens: Was das Sparen angeht, so soll die Politik der Verwaltung klare Vorgaben machen. Das setzt jedoch voraus, dass man sich mit dem Haushalt sachlich und kompetent auseinandergesetzt hat. Es reicht nicht, diffuse Sparvorschläge aus den Dezernaten anzufordern. Da versperren im Zweifel Einzelinteressen und Kirchturmdenken den Blick für die große Linie.

Eine pauschale Sachmittelkürzung ist darauf sicher nicht die geeignete Antwort. Es wäre ein Zeichen von politischer Führung gewesen, wenn man hier strukturell und mit Überlegung vorgegangen wäre.

Um ja keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Verantwortlicher Autor des Haushaltsbuchs ist und bleibt der Oberbürgermeister. Sein Name steht auf dem Deckblatt – weder der Name des alten Kämmerers noch der neuen Kämmerin!

Und ich füge hinzu: Seit ich im Rat bin, seit 1994, habe ich noch nie so eine chaotische und unseriöse Haushaltsvorbereitung erlebt wie in diesem Jahr! Noch nie!

Ich erinnere nur daran, dass der Bauausschuss keine Haushaltsberatungen durchführen konnte, da ihm das Veränderungsverzeichnis nicht vorlag. Wir reden hier über keine Kleinigkeit! Der Bau-Etat ist mit über 200 Millionen Euro eine tragende Säule im städtischen Gesamthaushalt.

Meine Damen und Herren,
ein schlagendes Beispiel dafür, wie im Etat 2016 blindlings ohne Sinn und Verstand gekürzt wurde – ja sogar rechtswidrig! –, findet sich bei den Mieten und Pachten.

Überall da, wo die Stadt als Mieterin auftritt, weil sie zum Beispiel Amtsräume für ihre Beschäftigten braucht oder Flüchtlinge unterbringen muss, ist sie an Verträge mit Dritten gebunden. Das bedeutet aber: Die Stadt kann nicht einfach Mieten mindern, wie's ihr passt. Genau das jedoch passiert – als Folge der pauschalen Sachmittel-Einschnitte! Man muss nicht Jura in Harvard studiert haben, um zu wissen, dass diese Kürzungen zurückgenommen werden müssen. Sonst drohen Kündigungen und saftige Vertragsstrafen. Wir als CDU haben eigentlich erwartet, dass dieser Fehler über das Veränderungsverzeichnis berichtet wird. Leider Fehlanzeige!

Doch zurück zum Konsolidierungsplan.

Viertens: Die CDU fordert ein durchdachtes Sparprogramm.

Handlungsbedarf zur Kostenverringerung sehen wir in der Kultur. 2013 haben wir zusammen mit der FDP eine Strukturreform der Düsseldorfer Museen und Kulturinstitute beschlossen. Uns ging es darum, dass die Häuser enger zusammenarbeiten und durch Ressourcenteilung sparsamer werden. Seit der Kommunalwahl liegt diese wichtige Reform leider auf Eis.

Ich habe starke Zweifel, dass der sogenannte Kulturentwicklungsplan der Ampel eine brauchbare Lösung in der institutionellen Kostenfrage liefern wird. Das Thema Synergien und Wirtschaftlichkeit muss deshalb sofort wieder nach ganz oben auf die Agenda der Kulturverwaltung.

Ein weiterer Punkt: Die Erhöhung der Zuschüsse an die Freie Szene halten wir ebenso für falsch wie die Einrichtung einer Kommission für Kunst am Bau mit eigener Geschäftsstelle. Diese Kommission kostet nicht nur selbst Geld und entscheidet nach Gusto – vorbei an Kulturausschuss und Politik. Sie sorgt obendrein dafür, dass jede Menge Geld ausgegeben wird.

Denn bei jedem Neubau eines öffentlichen Gebäudes sollen maximal zwei Prozent der Baukosten für Kunstwerke aufgewendet werden. On top wohlgemerkt!

Allein für diese drei Schulbauten, die wir heute beschließen sollen, schlagen Mehrausgaben von rund 430.000 Euro zu Buche. Bezogen auf alle städtischen Baumaßnahmen ergäbe sich für 2016 laut Medienbericht eine Etatbelastung von 4,6 Millionen Euro [WZ v. 17.11.2015].

4,6 Millionen Euro?! Das passt doch nicht in die Zeit!

Dieser Luxus ist den Menschen, die Steuern zahlen von ihrem hart erarbeiteten Lohn, nicht zu vermitteln!

Wir als CDU ermahnen die Ampelfraktionen: Schonen Sie den Haushalt! Setzen Sie Ihren Juni-Ratsbeschluss zu Kunst am Bau mit sofortiger Wirkung aus! Sorgen Sie lieber für Werbung am Bau. Denn das bringt Geld.

Und damit komme ich zu fünftens: Einnahmeverbesserungen.

Die Stadt kann mehr Geld durch Werbung verdienen. Sie muss ihre vorhandenen Außenwerbeflächen nur deutlich besser vermarkten und darf sich da nicht unter Wert verkaufen.

Die Werberechte werden gerade wieder ausgeschrieben. Das ist doch der richtige Zeitpunkt, um sich mit dem Thema konzeptionell und qualitativ zu befassen.

Neue Ideen sind gefragt: Warum prangt keine Werbung auf den Treppenstufen der U-Bahnhöfe? Ich wäre sogar dafür, dass wir bei den sechs neuen Stationen der Wehrhahn-Linie doch noch Ja sagen zu Info-Screens oder Werbeplakaten, sofern sie nur irgendwie mit dem Kunstkonzept dort vereinbar sind.

Auch der Konrad-Adenauer-Platz ließe sich durch geeignete Reklameformen zusätzlich aufwerten. Werbung kann durchaus optisch ein Gewinn sein, wie man am Corneliusplatz gesehen hat, wo während der Bauarbeiten eine Mega-Plakatwand die Containeranlage verdeckte. Die Wand an der Kö brachte der Stadtkasse 30.000 Euro pro Monat ein.

Meine Damen und Herren,
die CDU hat bereits im Februar auf einen verborgenen Schatz von 16,9 Millionen Euro aus der Stellplatzablöse hingewiesen. Dieser Geldbatzen schlummert vor sich hin und giert danach, gehoben zu werden.

SPD, Grüne und FDP waren von dieser unverhofften Entdeckung zuerst wenig begeistert – womöglich, weil wir sie gemacht haben. Zähneknirschend stimmte die Ampel dann doch unserem Vorschlag zu, die Verwaltung möge die konkrete Verwendung der Ablösebeträge umgehend beim Land rechtlich klären.

Unstrittig ist, dass das Geld in neue Parkplätze, in bestimmte ÖPNV-Maßnahmen und in den Fahrradverkehr fließen darf. Uns interessiert aber, ob auch Fahrradschnellwege und der barrierefreie Umbau von Haltestellen aus der Ablöse finanziert werden können. Wir haben uns übrigens schon Anfang 2014 dafür ausgesprochen, ein Cycle Center am Bilker Bahnhof mit diesem Geld zu bauen.

Seit unserem Antrag auf Klärung der Mittelverwendung sind jetzt acht Monate vergangen. Bis heute haben wir noch keine Rückmeldung!

Ärgerlich ist dieses Infoversäumnis auch deshalb, weil der Haushalt aktuell eine Kürzung von 500.000 Euro bei den barrierefreien Haltestellen ausweist – was aber durch den vollen Geldtopf der Stellplatzablöse vermutlich gar nicht sein müsste.

Bei genauem Hinsehen stellen wir fest: Mittel für die Haltestellen sind brutal auf andere Konten umgeschichtet worden. Auf Konten, die so unterfinanziert waren, dass dort schlechterdings keine Abstriche mehr möglich sind.

Herr Oberbürgermeister,
liebe Ampelpartner,
Ihre Logik ist alles andere als bestechend: Nimmt man die Kürzungen beim barrierefreien Haltestellen-Umbau und noch die beim Winterdienst zusammen, versetzen Sie dem öffentlichen Personennahverkehr einen schweren Schlag.

Wir beantragen daher heute: Machen Sie die unverantwortlichen und unvernünftigen Kürzungen auf der Stelle rückgängig!

Meine Damen und Herren,
wenn wir Mehreinnahmen im Düsseldorfer Haushalt wollen, sind wir in hohem Maß auch auf das Land NRW angewiesen. Die rot-grüne Landesregierung muss sich endlich umfassend an den kommunalen Flüchtlingskosten beteiligen! Damit meine ich: die Kosten für die Unterkunft, für die gesundheitliche Versorgung, für die Betreuung in Kitas und Schulen sowie für die Integration der Schutzsuchenden.

Stadtdirektor Hintzsche rechnet hier 2016 mit einem Ausgabenvolumen von 113,6 Millionen Euro. Davon muss die Stadt voraussichtlich 57 Millionen Euro allein stemmen. Düsseldorf bleibt also auf mehr als 50 Prozent der Kosten sitzen, wenn das Land sich nicht rührt.

Noch bitterer ist: Herr Hintzsche plant mit volatilen Zahlen, die morgen schon von gestern sein können.

Weiter steigende Flüchtlingszahlen erhöhen das Risiko weiteren Kapitalbedarfs. Die Herausforderungen für den städtischen Haushalt sind in Wahrheit noch gar nicht abzusehen.

Herr Oberbürgermeister,
gehen Sie endlich mit großen Schritten auf Ihre Parteifreunde Frau Kraft und Herrn Dr. Walter-Borjans zu! Fordern Sie mit breiter Brust, dass die Finanzierungslücke vom Land jetzt geschlossen wird! Zeigen Sie Mut und Stehvermögen wie andere SPD-Oberbürgermeister auch!

Beim Verkaufspoker um den Kö-Bogen II hat man Ihnen Terrier-Qualitäten nachgesagt, Herr Geisel! In Sachen Flüchtlingsgelder sollten Sie Frau Kraft zuliebe nun bitte nicht den Schoßhund rauskehren! Es ist jetzt an Ihnen, dafür zu sorgen, dass das Land die Kosten pro Flüchtling und Monat vollständig übernimmt! Wie das die Bayern und andere Bundesländer auch tun!

Für die CDU-Ratsfraktion sage ich: Wir stehen zu unserer Verantwortung, den Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, zu helfen und sie bei uns aufzunehmen. Für diese enorme Aufgabe sind wir aber auf die Unterstützung von Land und Bund angewiesen!

Meine Damen und Herren,
ich bin beim sechsten und letzten Punkt des Konsolidierungsplans:
vertrauensbildende Maßnahmen.

In Krisenzeiten muss politische Führung mehr denn je entschlossen sein, Vertrauen zu knüpfen. Vertrauen schafft man nicht durch auftrumpfende autoritäre Alleingänge oder mediale Inszenierungen. Auch Geschmeidigkeit ist keine Tugend. Ganz im Gegenteil: Vertrauen wächst, wenn auf jemanden Verlass ist.

Verlässlichkeit findet politisch ihren Ausdruck in Transparenz und der Chance zur Mitsprache. Alle Beteiligten werden rechtzeitig in Diskussionen und Entscheidungsprozesse eingebunden. Das können, je nachdem, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort sein, aber auch Bezirksvertretungen, Fachausschüsse, Fraktionen oder städtische Töchter.

Wer da aus Willkür, Ungeduld oder Geltungsdrang demokratische Spielregeln verletzt, wer die öffentliche Kontrolle seiner Ziele und Wege verwehrt, der schadet dem politischen Frieden in dieser Stadt. Er wird es dann schwerhaben, auf Dauer tragfähige Mehrheiten zu finden – was heißt: politisch zu überleben.

Meine Damen und Herren,
gestatten Sie mir noch ein kurzes Wort zur Stadtparkasse.

Auf 28 Millionen Euro, Herr Oberbürgermeister, haben Sie in letzter Minute den Haushaltsansatz für die Ausschüttung des Instituts an die Stadt erhöht. Das ist unrealistisch und unverantwortlich!

Und weil hier immer wieder gern das Märchen von der CDU-Blockade erzählt wird, sage ich Ihnen eins: Die CDU spricht sich auch jetzt dafür aus, dass die

Stadtsparkasse Ausschüttungen leistet – allerdings nach Maßgabe ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit.

Ich sage Ihnen aber auch: In den 15 Jahren schwarz-gelber Mehrheit im Rat hat es Ausschüttungen an die Stadt gegeben, die maßvoll waren. Alles in allem 31,5 Millionen Euro. Ich wiederhole: 31,5 Millionen Euro in 15 Jahren.

Diese Summe wollen Sie jetzt in fast nur einem Jahr aus der Stadtsparkasse herauspressen, Herr Oberbürgermeister!

Das zu einem Zeitpunkt, wo den Banken und Sparkassen das Geschäftsmodell wegen der anhaltenden Niedrigzins-Phase zunehmend entgleitet.

Das zu einem Zeitpunkt, wo die Stadtsparkasse gezwungen ist, zehn Prozent ihres Personals abzubauen.

Das zu einem Zeitpunkt schließlich, wo die europäischen und deutschen Regulierungsbehörden ständig höhere Anforderungen an die Eigenkapital-Ausstattung der Finanzinstitute stellen.

Ich betone darum noch mal: Der Haushaltsansatz von 28 Millionen Euro ist maßlos und ohne jede Verantwortung!

Herr Oberbürgermeister,
an der Causa Stadtsparkasse wird sich zeigen, ob Sie die Fähigkeit zum Kompromiss besitzen – um das Wohl von Stadtsparkasse und Stadt willen. Oder ob Sie weiter mit dem Kopf durch die Wand wollen – zum Schaden aller Beteiligten.

Meine Damen und Herren,
ich habe Ihnen unseren Konsolidierungsplan in seinen sechs Punkten umrissen.

Was die CDU-Fraktion in den Plan einbringt, sind das nötige Augenmaß, redliche Grundsätze und der Wille zum Ausgleich unterschiedlicher Interessen. Augenmaß gehört gewissermaßen zur DNA von uns

Christdemokraten. Das richtige Augenmaß ist besonders gefordert, wenn es in Düsseldorf um die Familien- und Stadtteolförderung geht. Familie und Stadtteil sind das, was den Menschen am nächsten ist. Hier spüren die Bürgerinnen und Bürger Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit ganz unmittelbar. Entsprechend sorgsam muss Politik in dieser bürgerlichen Nahwelt zu Werke gehen. Sie hat genau abzuwägen und muss vernünftige Argumente dafür bringen können, ob und wo sie etwas zumutet.

Meine Damen und Herren.

SPD, Grüne und FDP bekunden in ihrer Kooperationsvereinbarung, dass sie sich besonders um die – Zitat – „konkrete Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in unserer Stadt“ kümmern wollen.

Wenn man die politische Arbeit der Ampel an diesem Ansinnen misst, verwandelt sich die Welle der Beglückungsversprechen in ein Rinnsal der Enttäuschung.

Besonders der OB, die SPD und die Grünen versagen dabei, ihren moralischen Anspruch aus Wahlkampf- und Oppositionszeiten heute in die Praxis umzusetzen.

Das fängt an bei den geplanten Baumfällungen im Aaper Wald, die wir als CDU zusammen mit den vielen empörten Menschen in Rath und mit der Düsseldorfer Baumschutzgruppe vorerst abwenden konnten.

Das geht weiter mit den wahllosen Kürzungen und Gebührenerhöhungen, die die Familien in den Stadtteilen massiv benachteiligen werden. Diesen Ungerechtigkeiten werden wir als CDU nicht zustimmen!

Großstädte wie Düsseldorf sind doch vor allem deshalb für Familien interessant, weil ihre Kinder dort hervorragende Bildungs- und Entwicklungschancen haben. Angebote wie ein kostenloser Kita-Platz, der offene Ganztags, die Verkehrserziehung, die Musikschule, der Bücherbus oder die nahgelegenen Sport- und Spielplätze, die gepflegten Grünanlagen und Parks spannen zusammen ein Netz von Teilhabe- und Teilnahmemöglichkeiten.

Dieses vielfältige und zugangsfreie Umfeld macht Familien das Leben leichter. Müttern und Vätern im Job hilft es, Beruf und Erziehung, Freizeitinteressen und Erholung gut zu vereinbaren.

Als Vater von fünf Kindern, dessen Frau voll berufstätig ist, müssten Sie das doch am besten wissen, Herr Oberbürgermeister!

Was hat Sie geritten, zentrale Versorgungsangebote für die Familien in der Bildung, im Sport, in der Freizeit zu verteuern oder einzuschränken – und so deren Lebenssituation zu verschlechtern?

Bis zuletzt wollten Sie die Kita-Beiträge für über Dreijährige wiedereinführen und den Offenen Ganzttag teurer machen. Dieser Irrsinn ist Gott sei Dank vom Tisch!

Noch immer aber wollen Sie den Bücherbus abschaffen, die Gebühren für die städtische Musikschule erhöhen und die Verkehrserziehung zurückfahren!

Noch immer wollen Sie künftig weniger Sport- und Spielplätze bauen bzw. modernisieren!

Noch immer wollen Sie an Qualität und Sauberkeit der öffentlichen Grünflächen und Freiräume sparen!

Damit schaden Sie Düsseldorfs Ansehen als Familienstadt!

Haben Sie etwa diesen sozialen Kahlschlag gemeint, als Sie nach der Wahl in die Hände klatschten und ausriefen, jetzt sind die Stadtteile dran?

Ich kann Ihnen und der Ampel nur raten, die neue Benutzungsordnung für die acht Bürgerhäuser heute wieder einzukassieren. Unter dem Vorwand der Vereinheitlichung bürden Sie Mutter-Kind-Gruppen, gemeinnützigen Vereinen und Initiativen Mieterhöhungen von bis zu 100 Prozent auf.

Sie beschädigen die Bezirke und brechen Ihre Wahlversprechen! Ganz so, wie sie das schon mit der Erhöhung der Parkgebühren in den Nebenzentren getan haben.

Das alles schreit zum Himmel: Von Augenmaß kann im Umgang mit den Stadtteilen bei Ihnen keine Rede sein: Nein, Herr Geisel, liebe Ampel, da sind Sie auf beiden Augen blind und verteilen Ihre Wohltaten mit der Axt! Schlimmer noch: Sie weiten damit die Haushaltskrise zu einer Vertrauenskrise aus!

Meine Damen und Herren,
an dieser Stelle möchte ich meine besondere Dankbarkeit ausdrücken: Ich danke im Namen der CDU-Ratsfraktion allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung und allen Damen und Herren Beigeordneten für die Erstellung des Haushalts auch unter schwierigen Bedingungen. Ich weiß, dass Sie in diesen Tagen vielfach beansprucht sind und Außerordentliches leisten.

Tief beeindruckt hat mich der freiwillige Einsatz vieler unserer Beschäftigten am Fernbahnhof, wo sie die ankommenden Flüchtlinge willkommen heißen und mit dem Nötigsten versorgen. Alle, die hier mithelfen, haben sich um unsere Stadt verdient gemacht!

Auch das unermüdliche Engagement der Flüchtlingsbeauftragten und ihres Teams verdient höchste Anerkennung. Das freundliche Gesicht, von dem die Bundeskanzlerin sprach, ist hier jeden Tag gelebte humanitäre Praxis.

Herr Oberbürgermeister,
Krisen sind Zeiten der Bewährung. Jetzt ist die Zeit Ihrer Bewährung. Darum: Legen Sie endlich die Posen der Spaßgesellschaft ab! Sie sind weder Anzugmodell noch Radschläger noch Eventkönig – Sie sind gewählter Oberbürgermeister, erster Sachwalter der Menschen dieser Stadt. Das Amt verlangt Ernsthaftigkeit, Führungsstärke und Konzentration. Ein voller Terminkalender ist noch kein Beleg für erfolgreiche Politik.

Es reicht nicht, den „Tanker auf Kurs gebracht“ zu haben, wie Sie von sich behaupten – Sie müssen ihn auch steuern können, in rauer See, vorbei an den Eisbergen. Das ist jetzt Ihre Verantwortung. Dieser Pflicht sollten Sie sich widmen – vor allen Neigungen. Düsseldorf braucht stabile Verhältnisse.

Sie haben in diesem Jahr einiges an Vertrauen verspielt. Sie drohen es weiter zu verspielen. Kehren Sie um und wirken Sie dem Vertrauensverlust entgegen, damit daraus kein Flächenbrand der Enttäuschung wird.

Aus dem einsamen Marathonläufer muss ein Mannschaftsspieler werden – erst recht, wenn man sich, wie Sie, auf ein Dreierbündnis mit eigentümlichen Fliehkräften stützt.

Ersetzen Sie hastige Projektemacherei durch Maß und Plan, Tunnelblick durch Übersicht, mediale Schlagzeilen durch politische Transparenz und Offenheit.

Gelingen wird das nur, wenn Sie die nötige Distanz zu sich selbst finden.

Das wünsche ich Ihnen – um das Wohl dieser Stadt und der Menschen willen.

Rechnen Sie fest damit: Die CDU ist die Kraft im Rat, die über ebendieses Wohl Düsseldorfs beharrlich wachen wird.

Das ist der Grund, warum wir Ihren Haushalt ablehnen.

Herzlichen Dank.



CDU-Ratsfraktion Düsseldorf • Marktplatz 3 • 40213 Düsseldorf
0211 89-93168 • cdu.ratsfraktion@duesseldorf.de • www.cdufraktion-duesseldorf.de